

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 7/2025

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach
am: Mittwoch, 23. Juli 2025
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:21 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Bürgersaal im Rathaus

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries (bis 18:27 Uhr)
1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche (ab 18.27 Uhr)

Zahl der anwesenden Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte: 19

Es waren anwesend:

B'90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Stolz, OR Dr. Klingert, OR Tessmer,
OR Dr. Mezger, OR Maier
CDU: OR Kehrle (bis 18:47 Uhr), OR Müller (bis 20:04 Uhr), OR Dörf-
linger, OR Miersch, OR Graf
SPD: OR Tröndle (bis 18:30 Uhr), OR Difflipp-Eppele,
OR Dr. Rausch (bis 18:45 Uhr)
FDP: OR Dr. Noé
AfD: OR Kluger
FW: OR Thormann, OR Clemens
DIE LINKE: OR Labenz

Es fehlten

a) entschuldigt: OR Zwilling, OR Gaebel, OR Rathjen

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführer:

Robin Axtmann (StaDu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Wurm (StaDu), Frau Wagner (SuS),
Frau Veseli (SuS), Frau Kohl (UA), Frau Reinholz (UA), Herr Wagner (StPIA), Frau
Kiesel (StPIA)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 11. Juli 2025, Zeit, Ort und Tagesordnung
sind am 16. Juli 2025 auf der Internetseite der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben
worden.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Bürgersaal des Rathauses. Entschuldigt für die heutige Sitzung seien Herr OR Zwilling, Herr OR Gaebel und Herr OR Rathjen.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKIBB)

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 1, Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKIBB), auf und begrüßt hierzu Frau Wagner und Frau Veseli vom Schul- und Sportamt.

Frau Wagner (SuS) begrüßt die Anwesenden. Sie habe vor kurzem bereits das Konzept informativ vorgestellt, inzwischen habe man die Beschlussvorlage. Sie wolle auch auf die Auswirkungen auf die Durlacher Schulen eingehen. Sie habe zuletzt bereits das Zwei-Säulen-Modell vorgestellt, welche die Ganztagsgrundschule und die Halbtagsgrundschule mit modularem System beinhalte. Hier habe man bereits differenziert nach Schulen, welche den Anspruch bereits erfüllten. Dies seien die Schloss-Schule, die Oberwaldschule und die Pestalozzi-Schule. Auf der anderen Seite habe man die Bergwaldschule als noch nicht ertüchtigt identifiziert. Zusätzlich falle hier die Turmbergschule mit rein, die SBBZ seien in der damaligen Karte aber noch nicht aufgenommen gewesen. Bei der Schloss-Schule und Oberwaldschule würden die Horte Weiherhof und Grazer Straße nach und nach auslaufen. An der Pestalozzi-Schule werde es keine Veränderung geben. Bei der Bergwaldschule müsste das Modul Mittag angeboten und ausgeweitet werden. Die Mensa-Situation sei hier noch zu klären. Man habe die Turmbergschule und die Bergwaldschule aber in einer Klausur in rund zwei Wochen nochmals in intensiver Diskussion. Bei der Turmbergschule mache man eine Befragung unter den Eltern, wie die Ganztagsnachfrage sei. Hier würden allerdings die Schülerinnen und Schüler befragt, welche derzeit an der Schule seien. Man könne hier keine Kindergartenkinder abfragen. An der Turmbergschule werde man erst 2027/28 starten können. Voraussichtlich werde an der Turmbergschule auch das Modulare System eingeführt, während andere SBBZ auf eine Ganztagsgrundschule umgestellt würden. Dies hätte zur Folge, dass eventuell Schülerströme generiert würden, welche von der Turmbergschule abwandern könnten. Man müsse hier schauen, dass die Schulbezirke dann entsprechend gefasst würden. Sie zeigt eine Übersicht über verschiedene Planungsvarianten sowie den derzeitigen IST-Zustand. Die Kosten des derzeitigen Zustands mit 21,1 Millionen Euro jährlich seien allerdings nicht genau abzugrenzen, da man bei einigen im Verbund geführten Einrichtungen Mitarbeiter und Verwaltung nicht herausrechnen könne. Man habe die Zielperspektiven benannt, welche aus dem pädagogischen Konzept entspringen. Weiter habe man die zwei Planungsvarianten, welche aufzeigen, was für Wege man einschlagen könnte. In der Zielvorgabe habe man die Beibehaltung der Betreuungszeit von 10 Stunden mit einem Betreuungsschlüssel von durchgängig 1:10, was auch das teuerste Modell mit rund 70 Millionen sei. Man habe verschiedene Szenarien durchgesprochen, welche nun als Varianten vorlägen, mit denen man sich auf den Weg der Zielerreichung machen wolle. In Variante 1 würde die Betreuungszeit von 10 Stunden beibehalten sowie der Betreuungsschlüssel auf 1:12 heruntergenommen und etwas mehr nichtpädagogische Fachkräfte reingenommen, die dann nachqualifiziert werden würden.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKIBB)

Blatt 2

Die Inklusionsfachkräfte seien dann nur an der Pestalozzi-Schule vorgesehen. In Variante 2 habe man eine Verschlechterung des Systems, da man hier die Betreuungszeit auf 8 Stunden absenken müsste. Dies hätte auch Auswirkungen auf die Arbeitsverträge der bisherigen Mitarbeiter, da es hier zu Arbeitszeitreduktionen komme. Dies sei das unattraktivste Angebot, würde aber nur rund 40 Millionen Euro kosten. Es sei noch eine Minimalabdeckung angegeben, welche lediglich darstellt, mit was der Rechtsanspruch abgedeckt werden könnte. Dies hätte auch zur Konsequenz, dass es keine Tandems der Betreuung an den Schulen mehr gebe. Man könne sich nun fragen, warum die Minimalvariante teurer sei als der IST-Zustand. Dies hänge damit zusammen, dass man im Bereich des Mittagessens derzeit einen Betreuungsschlüssel von 1:28 habe. Wenn hier dann ein Springer nicht da sei und eine Fachkraft ausfalle, habe man einen Schlüssel von 1:56. Hier wolle man auf jeden Fall rangehen, sodass hier tatsächlich 1:14, beziehungsweise 1:12 umgesetzt werden könne. Der aktuelle Zustand für die dort tätigen Mitarbeiter sei nicht mehr tragbar. Dies koste rund 2,2 Millionen Euro. Die restlichen 5,5 Millionen Euro ergeben sich aus der Ferienbetreuung. Man habe hier angenommen, dass jedes Kind, welches in irgendeiner Form ein Angebot nutze, auch die gesamten 10 Wochen Ferienbetreuung ausnutze, da man keine Zahlen hierzu habe. Man kenne die Zahlen der Ganztagsgrundschulen und ungefähr die, der Horte. Man wisse aber nicht, wie viele Grundschüler im Stadtjugendausschuss durch die Angebote in der Freizeit buchen würden, weshalb man die Zahl hier hoch ansetzen musste. Wenn man nun nur Durlach betrachte, könne man eigentlich einen Haken dransetzen. Man habe in den letzten 15, 20 Jahren die Betreuung hier gut aufgebaut, sodass man eine gute Betreuung habe. Die Zahlen hingen aber an der Gesamtstadt und in anderen Stadtteilen sei die Situation eine andere. Man müsse dieses Thema aber gesamtstädtisch betrachten. Mit der Zielvariante und Variante 1 verbessere man die Situation in Durlach etwas, alles andere würde die Durlacher Situation aber verschlechtern.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich für den Vortrag.

OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag und die Anwesenheit. Man erkenne den Willen der Stadt, mehr als das geforderte anzubieten. Man erkenne auch die großen Herausforderungen, vor der die Verwaltung stehe. Für sie ergäben sich aber auch einige Fragen und Anmerkungen. Sie beginne mit den Anmerkungen. Die Beschlussvorlage stelle fest, dass es einen Rechtsanspruch auf die Ganztagesbetreuung ab dem Schuljahr 2026/27 für die Erstklässler und Erstklässlerinnen gebe, welche für die folgenden Jahrgangsstufen dann anwachsen. Gleichzeitig stelle die Beschlussvorlage aber fest, dass dieser Rechtsanspruch nicht zum verpflichtenden Zeitpunkt umgesetzt werden könne. Es sei eine Zeitachse bis Ende 2030 vorgesehen.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKIBB)

Für die Primarstufen der SBBZen, für die das Gesetz auch gelte, sei mit den Planungen noch nicht einmal begonnen worden, sondern solle im Herbst 2025 beginnen. Man könne damit zusammenfassen, dass es nicht gesetzeskonform und damit rechtswidrig sei. Die zweite Anmerkung sei, dass in der Vorlage explizit auf eine gute Betreuungs- und Bildungsqualität und Chancengleichheit hingewiesen werde. Die angedachten Umsetzungen widersprächen diesen Zielen aber teilweise. Exemplarisch zu nennen sei hier beispielsweise das modulare System, in dem die Eltern mindestens das Modul Nachmittag 2 mehr zahlen müssten, den Eltern gegenüber, die die Kinder halbtags betreuen lassen würden. Hier frage man sich, ob das sozial gerecht sei. Der Rechtsanspruch gelte als erfüllt, wenn im Schulbezirk eine gesetzliche Ganztagesgrundschule vorhanden sei. Man könne sich also nicht für die Grundschule entscheiden, die am nächsten am Wohnort liege, sondern müsse dann in die gesetzliche Ganztagesgrundschule gehen. Dies könnte dazu führen, dass die Kinder einen nicht zumutbaren Schulweg bekämen, welcher derzeit auf 30 Minuten fixiert sei. Einen Schulbezirkwechsel könne man beantragen und dieser müsse dann gebilligt werden, dies werde aber nur von den Eltern beantragt, welche es sich wirtschaftlich und zeitlich leisten könnten, diesen erhöhten Schulweg aufzufangen. Sie befürchte die reale Umsetzung des Konzepts, denn das niedergeschrieben klinge gut und gehe über das geforderte hinaus. Es seien sehr sinnvolle Sachen dabei, aber wenn man sich die Haushaltslage der Stadt Karlsruhe und den IST-Zustand der Karlsruher Schulen anschau, dränge sich unwillkürlich die Frage auf, ob das wirklich umsetzbar sei. Sie würde es sehr begrüßen, wenn Grundschüler künftig pädagogische Küchen oder inklusive Lernräume hätten, man habe aber aktuell nicht mal ausreichende oder funktionierende Klassenzimmer. Es falle ihr daher schwer, entsprechende Zuversicht zu haben. Eine Schulbezirkskarte online würde sie als wünschenswert erachten. Es gebe zwar eine Karte, in der man seine Straße eingeben könne, die dann zeige, welcher Grundschule man zugeordnet sei. Durch dieses GaFöG ändere sich aber etwas und es wäre schön, wenn man hier die Erfüllung des Rechtsanspruchs ablesen könnte. Sie wolle wissen, wie die Stadt der entstehenden sozialen Ungerechtigkeit entgegenwirken könne, welche aus dem zwei Säulen Modell entstehe. Ihnen sei bewusst, dass die Ganztagesgrundschulen Ländersache seien und es ums Geld gehe, während die modularen Systeme und Module kommunale Angebote seien. Wenn man dies zu Ende denke, entscheide der Wohnort, wie viel man für die Betreuung des Kindes zahlen müsse. Dies könne auch in Grötzingen auch schon ganz anders aussehen als in Durlach. Dies entspreche ihrer Auffassung bereits aus der Chancengleichheit nicht. Weiter fragt sie, ob die Eltern, welche sich für das 4-Tages-Modell entscheiden würden, den Freitag bei einer Ganztagesgrundschule auch zahlen, wie alle anderen, und falls ja, ob dies auch abhängig des Wohnorts sei. Wenn der Fall eintrete, dass die Kapazitäten einer Ganztagesgrundschule nicht ausreichen würden, würden jene Kinder bevorzugt, welche den Rechtsanspruch besitzen würden. In der Vorlage stehe auch, dass es hierzu noch einer Regelung bedarf. Sie fragt nach dem aktuellen Sachstand hierzu.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKIBB)

Weiter fragt sie, warum im Haushalt keine ausreichenden Ausgaben für die Umsetzung des GaFöGs eingeplant worden seien. Das GaFöG sei bereits aus dem Oktober 2021.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, man sei für Durlach und Aue zuständig. Sie sehe keine Schulwege, welche sich in Durlach massiv erweitern würden, wenn es nicht direkt vor Ort eine Ganztagsgrundschule gebe. Gesamtstädtisch könnte dies vielleicht an manchen Stellen der Fall sein, sie sehe dies aber nicht für den Durlacher Bereich. Den Hinweis, dass es keine ausreichenden Klassenräume gebe oder diese nicht funktionierten, wolle sie so auch nicht stehen lassen.

Frau Wagner (SuS) sagt, sie könne ihr in vielen Punkten Recht geben. Man habe mit den Wohnorten und der Zufälligkeit natürlich ein Problem. Dies lasse sich aber derzeit nicht ändern und sei Teil des Problems innerhalb des Gesetzes. Im Grund genommen hätte man komplett gleiche Schulen haben müssen, also komplette Ganztagsgrundschulen oder komplette Halbtagsgrundschulen, zu denen was Kommunales hätte drangestellt werden können. Dadurch, dass man aber die Mischformen habe und die letzten 15, 20 Jahre bereits daran gearbeitet habe, habe man nun in jeder Stadt genau diese Problematik. Sie sei auch gespannt, wie dies über den Städtetag diskutiert werde. Wenn man nun beispielsweise sage, die Eltern im modularen System würden befreit und müssten nichts zahlen, würden die Millionen noch weiter ansteigen und es wäre ein Fass ohne Boden. Sie könnten hier auch keine andere Antwort geben, als dass man genau das auch an der Stelle erkenne. Es sei auch pädagogisch nicht sinnvoll, dass man in der Kita eine Kooperation mit der Grundschule habe und sich dann gegebenenfalls für eine andere Grundschule entscheide, denn dies ziehe auch Freundschaften auseinander. Die sei nicht gut gelöst. Zu den Platzverhältnissen habe es auch bereits einen runden Tisch gegeben, bei dem alle relevanten Stellen, wie auch Elternvertretungen, dabei gewesen seien. Man habe das Problem aber auch hier nicht in den Griff bekommen. Hintergrund hier sei, dass die Hortverträge, die man städtischerseits habe, kein Ende hätten und auch keine Klausel enthalten, welche ein Kündigungsrecht vorsähen. Wenn die Betreuungsform also weitergehe, hielten die Hortverträge weiterhin bestand. Dies bedeute, dass man entweder Eltern habe, die Hortverträge oder eben Eltern habe, den Rechtseinspruch einklagen würden. Wichtig sei, dass man aber keine Klassenstufe aus einer Betreuungsform rauswerfe, sondern immer daran arbeite, Lösungen zu finden. Man werde über das Thema weiter diskutieren und es im Herbst in den Schulausschuss bringen. Auf die Frage, weshalb keine Mittel eingeplant worden seien, könne sie nichts sagen. Bezogen auf die Grundschulen werde man ab Herbst stark in die Öffentlichkeitsarbeit gehen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Frau Wagner für die offenen Worte. Es sei ein gutes Gefühl und gut, dass man zeige, woran man arbeite.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKIBB)

Blatt 5

Klopfbeifall im Saal

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, es müsse auch klar sein, dass man auf kommunaler Ebene nicht alle Mängel oder Fehler, welche auch durch Gesetze systematisch bedingt seien, regeln. Sie dankt nochmals für die offenen, klaren und ehrlichen Antworten.

OR Tröndle (SPD-OR-Fraktion) bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion, insbesondere auch für die offenen, ehrlichen und klaren Worte. Man habe hier nichts zu entscheiden, sondern werde angehört und könne was zur Durlacher Situation sagen. Die Frage sei, unabhängig dessen, wann man starten könne, wie inzwischen die Zusagen des Landes auf finanzieller Ebene und wie das Miteinander mit dem Regierungspräsidium sei. Es gehe nicht nur um die Einführung, sondern auch um den Betrieb der Einrichtungen.

Frau Wagner (SuS) sagt, die Entgelt- und Förderrichtlinien erfahre man Ende des Jahres. Man erfahre also, wie viel Förderung von Bund und Land komme, nachdem man die Vorlage zu Elternentgelten zur Verabschiedung gebracht habe. Man wisse noch nicht genau, wie man dies genau mache, aber das müsse dann so sein. Von Landesseite sei stark im Fokus, wie viel Lehrer man dafür habe. Das Land habe Sorge bezüglich der Abdeckung mit Lehrkräften, da diese momentan sowieso nur bei 88 % liege. Das Hauptproblem sei, dass sich das GaFöG an den Träger der Jugendhilfe richte. In diesem Moment könne sich das Land etwas herausnehmen. Hier sei man darauf angewiesen, dass man beim staatlichen Schulamt und den Schulleitungen ein Commitment erreiche. Man sei im Austausch mit dem staatlichen Schulamt hier sehr offen und dies laufe recht gut. Ein weiteres Problem sei auch, man habe die Möglichkeit, selbst Antragsteller für eine Förderung zu sein, das pädagogische Konzept müsste aber die Schule erstellen. Das staatliche Schulamt entscheide dann über das pädagogische Konzept. Es sei also hier auch erforderlich, dass die jeweilige Schule ein entsprechendes Interesse daran habe, Ganztagesgrundschule zu werden, da sonst das Konzept schnell abgelehnt werden würde.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für den Besuch und die Vorstellung. Man habe in Durlach eine gute Situation, an der man in den letzten Jahren und Jahrzehnten gearbeitet habe. Das Stadtamt habe gemeinsam mit dem Schulträger, Hort, dem Stadtjugendausschuss und weiteren einen exzellenten Job gemacht und man sei nun das Modell für andere Stadtteile. Das wolle er nicht unerwähnt lassen, auch um das Team von Herrn Laue, Herrn Metz und Kollegen. Man habe geschaut, wie man die Personen auch in das neue Modell einbinden könne. Er denke, man sei sich einig, dass man eine möglichst gute Bildungsgerechtigkeit wolle. Über die Aussage, man könnte es aufgrund der Finanzmittel nicht umsetzen, tue er sich aber schwer.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKIBB)

Blatt 6

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) schließt sich den Vorrednern an. Er sagt, alle Fragen ihrerseits seien beantwortet worden. Er habe aber noch eine Frage zum Konzept. Er wolle wissen, was passiere, wenn die gesamte Vorlage als Ganzes abgelehnt werde. Er wolle wissen, ob der IST-Zustand dann einfach weitergeführt werde oder man rechtliche Probleme und Konsequenzen habe.

Frau Wagner (SuS) sagt, es gebe Orte, an denen klar sei, dass diese gut abgedeckt seien, hier könne man beispielsweise auch Wolfartsweier nennen. Wenn die Vorlage abgelehnt würde, würde der IST-Zustand zunächst weitergeführt. Es sei aber der Worst-Case, gerade auch für andere Stadtteile, wenn man dies gesamtstädtisch betrachte.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stimmt dem zu, ein Gemeinderat müsste hier auch anders darüber nachdenken als ein Ortschaftsrat.

Frau Wagner (SuS) sagt, darüber hinaus, könnte es zu Klageverfahren kommen. Hier wisse man nicht, was dann genau passiere. Wer dann dafür zahle, ob dies kommunale Kosten oder Trägerschaft des Landes oder Bundes ist, sei noch ungeklärt. Sie sagt, Durlach sei bei dem Projekt von Anfang an eingebunden gewesen und Herr Metz sei hier auch in sämtlichen Arbeitsgruppen dabei. Die Zusammenarbeit mit Durlach sei immer positiv und sehr produktiv. Durlach stelle auch als Ortschaft einen wichtigen Partner für das Schul- und Sportamt dar.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, Durlach habe eine sehr gute Betreuungssituation, was viele der Anwesenden auch selbst erleben durften. Es sei auch wichtig gewesen, das ganze mal zurückgespiegelt zu bekommen und es seien viele Akteure beteiligt gewesen. Auch die sozialräumliche Arbeit fördere das alles natürlich mit. Man habe mit dem Schul- und Sportamt eine gute Abmachung, dass unabhängig des finalen Beschlusses, man sich in Durlach mit aller zur Verfügung stehenden Fachkompetenz, Haltung und Kraft dafür einsetze, für die Kinderbetreuung in Durlach gute Lösungen zu finden. Man merke, dass niemand den Kopf in den Sand stecke, sondern gemeinsam an Lösungskonzepten arbeite, sodass man auch mindestens den IST-Zustand in Durlach erhalten könne. Für sie wäre ein zu einschneidender Schritt, wenn man von der 10-Stunden-Betreuungsgrenze abweiche. Dies würde auch elementare Dinge der Familienplanungen einschränken und beträfe, leider noch immer, im Regelfall die Frau, welche in der Vollzeitarbeitsmöglichkeit eingeschränkt würde. Man werde sich auch weiterhin dafür einsetzen und sorgen, dass die Kinderbetreuungssituation in Durlach einen ordentlichen Lauf nehmen wird.

OR Clemens (FW-OR-Fraktion) bedankt sich bei Frau Wagner für die Ausführungen.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKIBB)

Blatt 7

Er sei froh, dass man hier für die junge Generation etwas gestalten und auch Vorbild für andere Stadtteile sei. Er traue der Karlsruher Verwaltung nicht, wenn es um Finanzen gehe. Diese würden sich schnell rumdrehen und nein sagen. Der Sparhaushalt sei sehr drastisch und werde noch viel drastischer. Er frage sich, wie fix die 21 Millionen Euro des derzeitigen Standes seien. Man wolle nicht den guten Status, welchen man sich lange erarbeitet habe, dem Geldes wegen zunichtemachen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, Frau Wagner sei für Haushaltsthemen die falsche Ansprechpartnerin. Sie arbeite aber stark daran, die fachliche Zielperspektive und den Weg dorthin auszuarbeiten, und das sei eine tolle Planung. Wie etwas im Haushalt abgebildet werde könne man heute nicht diskutieren und sei auch Sache des Gemeinderats, nicht der Verwaltung. Sorgen über den IST-Zustand müsse man sich nach ihrer Auffassung zunächst nicht machen, dieser sei recht sicher garantiert.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, er und vielleicht auch ein paar andere, hätten ein Problem mit der Vorlage. Man attestiere, dass die Situation gut in Durlach ist, weise aber daraufhin, dass die Vorlage noch keine Antwort auf die Thematik der Bergwaldschule und Turmbergschule für 2026/27 anbiete. Er sagt, man stehe natürlich für die Ganztagesbetreuung an den Grundschulen ein und das sei auch ein wichtiges Projekt. Er habe das Problem, dass man die Klagen bereits erwarte. Das Gesetz gelte ab 2026/27 und die Stadtverwaltung wünsche nun die Freigabe, dass diese Timeline des Gesetzes gebrochen werden dürfe. Dies finde er etwas schwierig. Das möge aus der Praxis und der Realitäten nachvollziehbar sein, aber eigentlich wolle die Stadtverwaltung hier als Bürgervertreter das okay, sich nicht an gesetzliche Vorgaben zu halten. Er tue sich hier schwer einer Vorlage zuzustimmen, die nicht ganz gesetzeskonform sei. Er habe großen Respekt vor den Planungen und den Aufwand, aber das Thema der Abstimmung sehe er schwierig.

Frau Wagner (SuS) sagt, es sei kein Rechtsbruch. Das Gesetz besage, dass nicht an jedem Standort der Rechtsanspruch umgesetzt werden müsse. Wenn man sich als Karlsruhe das Ziel auferlege, dies wirklich an jeder Schule machen zu wollen, dann sei dies eine kommunale Entscheidung. Die Schülerinnen und Schüler, die den Rechtsanspruch einklagen könnten, würden dann in einem anderen Schulbezirk zum Zug kommen. Dies gelte beispielsweise für die Schülerinnen und Schüler der Bergwaldschule. Der Rechtsanspruch sei nicht standortspezifisch und es werde in vielen Städten und Kommunen so sein, dass einzelne Standorte den Rechtsanspruch nicht erfüllen.

OR Thormann (FW-OR-Fraktion) bedankt sich für die Vorstellung und Übersicht. Sie hänge daran, dass dies aufgrund fehlender Finanzmittel für 2026/27 nicht umsetzbar sei.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKIBB)

Blatt 8

Der Antrag mit Schulbezirkwechsel sei zwar gut, aber was, wenn die Kapazität überstiegen werde. Weiter greift sie das von Frau Ries auf, zu wessen Lasten es gehe, wenn die Kinder nicht entsprechend betreut werden könnten. Dies gehe in der Regel zu Lasten der Arbeitnehmerinnen, welche dann den Arbeitsumfang reduzieren müssten. Sie bitte darum, dies weiterzugeben, dass dies nicht die Lösung sein könne. Hier müssten auch der Bund und das Land mitfinanzieren, dass dies nicht geschehe. Dies sei ihr wichtig.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, sie habe zunächst keine weiteren Wortmeldungen. Vielleicht wäre auch eine Aussage möglich, dass der Ortschaftsrat den Einstieg in die Ganztagesbetreuung begrüße, sich für die Arbeit bedanke, man aber keine Verschlechterung gegenüber dem Durlacher IST-Zustand haben wolle.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) fragt, ob die Sitzung kurzzeitig unterbrochen werden könne.

Allgemeine Zustimmung im Gremium

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) unterbricht die Sitzung um 17:58 Uhr.

Sitzungsunterbrechung

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) setzt die Sitzung um 18:13 Uhr fort. Sie sagt, der Ortschaftsrat sehe sich nicht in der Lage, zu der vorgelegten Beschlussvorlage mit Ja oder Nein abzustimmen. Man möchte aber über folgenden Wortlaut der Stellungnahme abstimmen: „Der Ortschaftsrat Durlach begrüßt den Einstieg in eine gesetzeskonforme Ganztagesessschulkindbetreuung. Der Ortschaftsrat Durlach erwartet über das vorgelegte Konzept hinaus eine zeitnahe Lösung für die Schule am Turmberg und die Bergwaldschule. Der Ortschaftsrat Durlach begrüßt den IST-Zustand der Durlacher Kinderbetreuung, wie in der Vorlage beschrieben und wünscht bei der weiteren Umsetzung, dass es zu keiner Verschlechterung des derzeitigen IST-Zustandes kommt. Man bedanke sich bei der Verwaltung für die Arbeit.“.

Beschluss:

19x Ja

0x Nein

0x Enthaltung

Ergebnis: Zugestimmt zu geändertem Beschlusstext

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 2: Fortschreibung 2025 des Rahmenkonzepts für den Ausbau öffentlicher
und öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur der Stadt Karlsruhe**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 2, Fortschreibung 2025 des Rahmenkonzepts für den Ausbau öffentlicher und öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur der Stadt Karlsruhe, auf und begrüßt Frau Kohl und Frau Reinholz vom Umweltamt.

Frau Kohl (UA) begrüßt die Anwesenden. Sie sei im Bereich Umwelt und Arbeitsschutz für den Ausbau von öffentlicher E-Ladeinfrastruktur zuständig. Sie wolle hier den aktuellen Stand zur Fortschreibung des Rahmenkonzeptes präsentieren. Sie zeigt eine Präsentation. Zum Stand in Karlsruhe sagt sie, dass man ca. 68 öffentliche Ladepunkte und ca. 480 öffentlich zugängliche Ladepunkte habe. Dies seien meist Ladesäulen auf Parkplätzen von Supermärkten, Tiefgaragen oder ähnliches. Hier habe man als Verwaltung keinen so großen Einfluss. An der A8 seien die letzten 14 Ladepunkte eröffnet worden, welche auch erfolgreich im Betrieb seien. Man habe ein Konzessionsvergabeverfahren für Schnellladesäulen im öffentlichen Straßenraum durchgeführt, was ein sehr komplexes Verfahren gewesen sei. Es habe sich dabei um 5 Standorte in Karlsruhe gehandelt, was man erfolgreich umgesetzt habe. Der Gewinner der Ausschreibung sei die Enercity AG, welche nicht nur die in der Ausschreibung vorgesehenen 20 Standpunkte umsetze, sondern voraussichtlich auf 34 Ladepunkte erweitern wollten. Ergänzend habe man vom Verkehrsministerium im Rahmen eines Deutschlandnetzes ein Flächenlos für Karlsruhe im Bereich Rheinhafen erhalten. Hier sei man gerade dabei, den Vertrag mit der Firma zu finalisieren um dort eventuell eine E-Ladesäulen-Tankstelle für die Zukunft bauen zu können. Strategisch habe man 2021 ein erstes Rahmenkonzept entwickelt. Die Ausrichtung damals sei auf Schnellladen gewesen. In den letzten Jahren habe man gemerkt, dass dies sehr komplex und schleppend vorangehe. Man habe das Rahmenkonzept fortgeschrieben und das Langsamladen mit aufgenommen. Langsamladesäulen seien kleiner im Invest und könnten schneller umgesetzt werden. Man habe für das Langsamladen einen AC-Leitfaden entwickelt, der beinhalte, wie man dieses Netz in Karlsruhe aufbauen wolle. Die Fortschreibung sei im Oktober 2024 im Gemeinderat beschlossen worden. Aufgrund eines Änderungsantrags habe man dann in den letzten 6 Monaten einige Kriterien für die Auswahl der Langsamlade-Standorte angepasst und überarbeitet. Nun habe man für jeden Stadtteil in Karlsruhe Ladepunktekontingente in einer Bedarfsanalyse berechnet und diese habe man nochmal mit neuen Indikatoren überarbeitet. Bei den Kriterien habe man ein paar Punkte gestrichen und geändert. Beim Langsamladen habe man nun auch eine Parkscheibenregelung. Wer dort lade, dürfe 4 Stunden dort stehen. Nachts werde der Langsamladestandort aber auch zur Parkfläche. Von 8 bis 22 Uhr gelte die 4 Stunden-Regelung beim Langsamladen und über Nacht könne das Auto dort stehen bleiben. Die berechneten Ladepunktekontingente basierten auf Bedarfswerten des Bundes und Zielwerten für 2030, welche man auf Karlsruhe heruntergebrochen habe. Hier gehe es nur um den öffentlichen Straßenraum. Hier sei man auf einen Bedarf von ungefähr 150 Ladepunkte pro Jahr bis 2030 gekommen. Bei Langsamladesäulen würden zumeist zwei Säulen an einen Standort gebaut.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 2: Fortschreibung 2025 des Rahmenkonzepts für den Ausbau öffentlicher
und öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur der Stadt Karlsruhe**

Blatt 2

Somit käme man auf ungefähr 35 bis 40 Standorte pro Jahr, die man hoffe zu realisieren. Sie zeigt die Tabelle über die Bedarfsberechnung für die einzelnen Stadtteile. Dies seien die Werte, die man im öffentlichen Bereich benötige. Wenn man in einem Ein- oder Zweifamilienhaus wohne, könne man sich zumeist die Wallbox zuhause selbst installieren, was die günstigste Variante darstelle. Man benötige aber die Ladeinfrastruktur für die Fahrzeuge, welche nicht zuhause geladen werden könnten. Die Ladepunktkontingente habe man zunächst für 2025 und 2026 berechnet und wolle dann Erfahrungen sammeln. Für 2027 bis 2030 könnte man dann nochmals Änderungen herbeiführen. Man habe zwei Varianten für die Umsetzung. Wenn man eine Langsamladesäule im öffentlichen Straßenraum installiere, benötige man eine Sondernutzungserlaubnis. Der erste Schritt bei Variante 1 sei, dass Ladesäulenbetreiber bei der Stadt einen Antrag stellen. Dieser Antrag werde durch das Tiefbauamt bearbeitet. Das UA sei im Bereich der Langsamladesäulen mit anderen Kommunen im Austausch. Hier könne man von den Erfahrungen der anderen profitieren. Dort sei der Input gekommen, dass ein Pingpong-Effekt entstehe, wenn der Antrag beispielsweise nur halb ausgefüllt sei. Man habe sich daher die Mühe gemacht einen professionelleren Weg zu gehen und habe eine Online-Eingabemaske für diese Anträge erstellt. Dort gebe es Pflichtfelder, welche die Antragsteller ausfüllend müssten. Weiter habe man Gebühren und Entgelte für die Ladesäulenbetreiber beschließen müssen. Man sei hier im Vergleich zu anderen Kommunen an der unteren Grenze, sodass man im Vergleich zu anderen hier schneller in Schwung komme. Weiter habe man Prozessabläufe erarbeitet, welche zur Flächenprüfung und Vergabe dienen. Wenn der Eintrag vom Tiefbauamt bearbeitet und beglaubigt werde, erstellten diese die Sondernutzungserlaubnis für den Betreiber, welcher dann mit dem Ausbau anfangen könne. Der zweite Weg sei etwas interessanter. Man habe als Stadtverwaltung bereits 100 Flächen geprüft. Von diesen geprüften Flächen seien rund 40-50 Flächen Langsamladetauglich. Diese identifizierten Flächen könnten in ein sogenanntes FlächenTOOL vom Verkehrsministerium eingespeist werden. Interessierte Ladesäulenbetreiber könnten sich dann auf diese Flächen bewerben. Es gebe eine Liste mit 14 Standorten in Durlach, welche bereits für Schnellladen geprüft worden seien. Diese könnten nun auch in die Prüfung für Langsamladen aufgenommen werden. Diese könnte sie dem Gremium zukommen lassen. Der Ortschaftsrat könnte dann Flächenvorschläge einreichen, die auch geprüft würden. Wenn hier Flächen herauskämen, die geeignet seien, könnten diese wieder in das FlächenTOOL eingearbeitet werden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) verlässt die Sitzung und übergibt die Sitzungsleitung an den 1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) dankt für die Präsentation. Er sagt, 2019 habe man 3 Ladeplätze in Durlach gehabt. Diese seien am Turmberg, am Blumentorparkplatz und in der Gritznerstraße 6 gewesen. In der Gritznerstraße habe es 2 Ladepunkte aber nur

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 2: Fortschreibung 2025 des Rahmenkonzepts für den Ausbau öffentlicher
und öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur der Stadt Karlsruhe**

Blatt 3

einen Stellplatz gegeben. Man habe im Ortschaftsrat dann beantragt, dass man diese Säule um einen Meter weiter versetze. Daran seien die EnBW, die Stadtwerke, das Tiefbauamt, das Ordnungsamt und noch ein paar weitere Stellen beteiligt gewesen. Bei dieser Bürokratie brauche man sich nicht wundern, dass die Verkehrswende ausfalle. So komme man nicht weiter. Man habe dann auch Vorschläge für Flächen gemacht und er hoffe, diese lägen noch vor. Die Idee mit den Langsamladern sei gut. Wie sie jetzt aber dargestellt habe, seien die Prozesse und Abstimmungen noch nicht wesentlich schneller geworden. Er frage nach der Tabelle mit den Stadtteilen. In Durlach stehe dabei, dass man 37 Ladepunkte habe. Er verweise auf die Karte mit den eingezeichneten Ladesäulen. Die auf dem Turmberg sei ein Geschenk der EnBW zum Stadtgeburtstag gewesen. Mittlerweile sei diese in die Jahre gekommen und könne mangels Messmethoden nicht mehr wirklich gerechnet werden. Zu den anderen sagt er, am Blumentorparkplatz seien 2 Ladesäulen eingezeichnet. Dort gebe es einen Schnelllader mit 2 Ladepunkten und noch einen Langsamlader. Die Versetzung der Gritznerstraße habe mittlerweile ja auch geklappt und er sehe noch etwas in Aue. Im Bereich der Raumfabrik gehe er davon aus, dass dies die Ladesäulen der Telemaxx sind. Diese stünden nicht rund um die Uhr der Öffentlichkeit zur Verfügung, sondern sind primär für deren Mitarbeiter vorgesehen. Diese hätten auch ein spezielles Tarifsystem. Er halte es daher nicht für realistisch, wenn man diese mitrechne um die Abdeckung des Bedarfs in Durlach zu bestimmen.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) dankt für den Vortrag. Die Idee, nur auf Schnellladen zu setzen, habe man damals schon nicht verstanden. Nun sei man soweit, dass es auch Langsamladesäulen geben solle, das freue sie. Sie dankt für die Umsetzung der Vorschläge. Sie machten sich noch etwas Sorgen um die Skalierung. Man wolle in den nächsten Jahren über 700 Ladepunkte einrichten. Wenn sie sich die bisherigen Erfolge anschau, gerade die Quartier-Ladesäulen, sehe es noch etwas düster aus. Sie wolle wissen, wie man hier schnell vorwärtskommen wolle. Bezüglich der Gebühren frage sie, ob die erwarteten Gebühren im Haushaltsentwurf bereits im Haushaltsentwurf enthalten seien oder man diese on-top dazu erhalte. Weiter frage sie, wohin man Flächen-vorschläge senden könne.

Frau Kohl (UA) sagt zu den Flächenvorschlägen, dass man diese an emobilitaet@karlsruhe.de senden könne. Zu den Gebühren der Sondernutzung sagt sie, diese kämen dann on-top hinzu. Zur Schnelligkeit sagt sie, dass wenn die Anträge nun kommen, würden diese bearbeitet und parallel erfolge bereits die Flächenprüfung. Zwei weitere Standorte sind auch derzeit bereits in der Umsetzung. Man sehe an diesen beiden Beispielen bereits, dass die Bearbeitungszeit nun schneller voran gehe.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) frage nach der Zielvorstellung, wie schnell so etwas umgesetzt werden solle.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 2: Fortschreibung 2025 des Rahmenkonzepts für den Ausbau öffentlicher
und öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur der Stadt Karlsruhe**

Blatt 4

Frau Kohl (UA) sagt, man habe erreicht, die Genehmigungen innerhalb zwei Monate zu erzielen. Das Bottleneck seien derzeit die Netze. Man habe den Fall gehabt, dass die Ladesäule stehe und vom Betreiber die Information erhalten, er könne am Folgetag in den Betrieb gehen, aber die Leitung der Stadtwerke würden dies nicht hergeben. Hier sei man auch bereits im Austausch, dass dies auch schneller vonstattengehe. Diesen Schritt könne man aber nicht beeinflussen.

OR Thormann (FW-OR-Fraktion) bedankt sich für die Übersicht. Sie sagt, es gebe Stoßzeiten, was meist gegen Nachmittag losgehe und bis abends anhalte. Solche Stoßzeiten müsste man in den Quartieren für die Berechnung mit einbeziehen.

OR Clemens (FW-OR-Fraktion) dankt für die gute Ausführungen. Er sagt, man müsste hier noch ein paar Korrekturen machen. Die Zahl mit den 37 Stationen stimme nicht und man sei eigentlich nicht rot, sondern schwarz auf der Liste. Man habe in Durlach eigentlich nur 23 Stationen. Beispielsweise die Ladestation im Hotel Blauer Reiter könne man nicht mitzählen, da es sich um einen Privatparkplatz handle, welcher auch gebührenpflichtig sei. Auf dem Pfaff-Gelände seien auch viele Ladepunkte, diese seien aber auch alles private Ladepunkte. Diese dürfte man, wenn überhaupt, nur zwischen 17 bis 7 Uhr benutzen. Es sei erforderlich, die jetzigen vorhandenen Säulen zugänglich zu machen. Hier seien Verhandlungen mit den Eigentümern notwendig. Es würde auch mehr Sinn machen, wenn die Netzbetreiber eine Karte zur Verfügung stellen würden, wo man bereits Säulen installieren könnte, als dass man eine Fläche prüfe und dann feststelle, dass das Netz nicht ausreiche.

Frau Kohl (UA) sagt, sie gebe ihm beim Blauen Reiter recht. Zur Telemaxx sagt sie, dass man mit diesen sprechen könnte um abzuklären, ob diese nun öffentlich seien oder nicht.

OR Dörflinger (CDU-OR-Fraktion) fragt, wie man darauf komme, Langsamladesäulen zu installieren. Man brauche ja nur rund 10 Prozent der Ladesäulen, wenn man nur Schnellladesäulen habe.

Frau Kohl (UA) sagt, dies hänge damit zusammen, dass dies einfacher umzusetzen sei. Bei einem Schnelllader müsse man einen Trafo von 3x5 Metern und eine Mittelspannungseileitung installieren. Weiter müsse man über ein langwieriges Konzessionsvergabeverfahren gehen. Beim Langsamladen seien es viel geringere Investitionskosten für die Ladesäule und man könne an das Niederspannungsnetz anschließen. Weiter habe man die Hoffnung, dass das Verfahren schneller von Statten gehe.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) sagt, man sollte das Gespräch mit der Raumfabrik führen. Es verzerre auch die Statistik, wenn von 37 Punkten 30 bei der Raumfabrik seien.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Fortschreibung 2025 des Rahmenkonzepts für den Ausbau öffentlicher
und öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur der Stadt Karlsruhe

Blatt 5

Frau Kohl (UA) sagt, man gehe mit den Langsamladesäulen nun in die Wohngebiete und mit den Schnellladesäulen an die Hauptstraßen.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) merkt zur Frage von Frau Dörflinger an, dass dies auch schonender für die Batterie und auch günstiger sei.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Er bedankt sich bei Frau Kohl für die Vorstellung und wünscht weiterhin viel Erfolg.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 3: Verkehrskonzept Turmberg Durlach

Blatt 1

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft Tagesordnungspunkt 3, Verkehrskonzept Turmberg Durlach, auf und begrüßt Herrn Wagner und Frau Kiesel vom Stadtplanungsamt.

Herr Wagner (StPIA) begrüßt die Anwesenden. Er stellt eine Präsentation für die Planungen eines Verkehrskonzepts auf dem Turmberg vor. Die Vorlage sei im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauwesen und Umwelt vorbereitet worden. Es habe im Rahmen der Planfeststellung der Turmbergbahn den Auftrag gegeben, die Verkehrssituation auf dem Turmberg zu untersuchen. Das Gutachten sei über die VBK beauftragt und durch das Stadtplanungsamt betreut worden. Der Gutachter habe eine Analyse an mehreren Standorten und Knotenpunkten durchgeführt. Auch die Parkierung sei flächig untersucht worden. Die Untersuchungen hätten vor der Schließung der Turmbergbahn stattgefunden. Die Zählungen hätten donnerstags und sonntags außerhalb der Ferien und bei gutem Wetter stattgefunden. Die Zahlen zeigten den Quell- und Zielverkehr und entsprächen der erwarteten Nutzungszahlen. Es habe keine Hinweise darauf gegeben, dass man dort Schleich- oder Durchgangsverkehre habe, was eine wesentliche Aussage für das Konzept sei. Er zeigt anhand einer Folie in welchem Bereich es legale Parkplätze gebe und wo, illegaler Weise, dennoch Autos abgestellt würden. Der Gutachter habe ein 3-Stufen-Konzept vorgeschlagen, welche man umsetzen könnte. Eine der Maßnahmen sehe eine Temporeduzierung auf 50, beziehungsweise 30, vor. Er sei auch zu dem Schluss gekommen, dass die illegal parkenden Flächen stärker kontrolliert werden müssten und habe vorgeschlagen schon in der ersten Stufe die unmarkierten Stellplätze und Flächen aufzugeben und durchzusetzen. Für die öffentlichen Parkplätze sei eine zeitliche Befristung vorgeschlagen worden. In Stufe 2 sei der Vorschlag, 16 Stellplätze mit geringer Nutzung aufzugeben. Weiter sei ein modaler Filter untersucht worden und alle öffentlichen Stellplätze zu bewirtschaften. Man habe die Vorschläge innerhalb der Verwaltung intensiv diskutiert und habe die Varianten in den Ausschuss eingebracht. Weiter habe man das Gespräch mit den Gastronomen des Bereichs gesucht. Im Ergebnis wolle man nun als Verwaltung vorschlagen, dass eine Temporeduzierung umgesetzt werden solle. Weiter wolle man die unmarkierten Stellplätze, welche den Waldtrauf schädigen, aufgeben und im Verlauf dann auch die 16 wenig genutzten Stellplätze aufgeben. Der modale Filter sei intensiv diskutiert worden und habe rechtliche Vorgaben. Eines davon sei, Schleichverkehre zu unterbinden und auf das öffentliche Netz zu verlagern. Dies habe man dort nicht feststellen können. Ein modaler Filter sei hier daher nicht zielführend. Weiter habe man hier technische Probleme, da man dann auch Wendemöglichkeiten brauche und es zu Einschränkungen für Einsatzfahrzeuge komme. Das Ordnungsamt habe daher informiert, dass dies nicht angeordnet werden könne. Es würde ferner auch zu deutlich längeren Wegen führen und das Hauptverkehrsnetz innerhalb Durlachs belasten. Zu den illegalen Flächen sei die Absicht, diese verstärkt zu verhindern. Was man aus dem Konzept gestrichen habe, sei die Aufgabe des Wanderparkplatzes im etwas entfernten Bereich. Die Bewirtschaftung der Stellplätze wolle man im ersten Schritt noch nicht umsetzen.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr****Protokoll zu****TOP 3: Verkehrskonzept Turmberg Durlach****Blatt 2**

Eine 2-Stunden-Befristung sei im dortigen Bereich auch nicht zielführend für die Nutzer. Bezüglich der Aufgabe der Stellplätze, in Summe 36 Stück, sehe das Konzept vor, dies nach Umsetzung der Turmbergbahn zu realisieren. Es sei zwischenzeitlich geprüft worden, ob man die Geschwindigkeitsreduzierung nicht bereits vor Inbetriebnahme der Turmbergbahn umsetzen könne. Dies sei nun positiv beschieden worden, sodass dies auch bereits jetzt zeitnah erfolgen könnte.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag. Er sehe es ähnlich wie das Stadtplanungsamt. Man werde in eine Phase 1 eintreten und es sei unerlässlich, dass man nach Inbetriebnahme der Turmbergbahn in eine Evaluation gehen sollte. Im Einzelnen wolle man der Verwaltung hier folgen. Es sei dargelegt worden, was den modalen Filter anbelange und dies müsste man zur Kenntnis nehmen. Man sei hier seitens der CDU-Fraktion aber bereits von Anfang an keinen großen Freund dessen gewesen, da man ähnliche Bedenken gesehen habe. Im Bezug zur Geschwindigkeitsreduzierung sehe man keinerlei Hinderungsgründe und sei auch aus Sicht des Naherholungsgebiets geboten. Im Weiteren habe er von Stellplätzen am Fahrbahnrand gesprochen, insbesondere was die Stellplätze betreffe, die den Waldtrauf schädigen würden. Er denke, man könnte sich diesbezüglich auch Gedanken machen, ob man dies nicht vorziehen könnte. Das, was er dort erleben dürfe, seien keine schönen Situationen. Dort würde auch wurzelschädigend geparkt und auch das Bankett sehe bereits sehr in Mitleidenschaft gezogen aus. Er bitte darum, dass man dies dann mit etwas Abstand nach Umsetzung der Maßnahme evaluiere um gegebenenfalls nochmal nachsteuern zu können.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) fragt, ob er beantragen wolle, dass die Stellplätze am Fahrbahnrand, welche das Wurzelwerk schädigen, jetzt sofort entfallen sollten oder erst zu einem späteren Zeitpunkt.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) sagt, er stelle hier zunächst keinen Antrag, sondern wolle das Thema zur Diskussion in den Raum geben.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) sagt, es sei die Frage, über was genau man dann später abstimmen wolle. Er fasst zusammen, dass man ein Konzept für den oberen Bereich des Turmbergs habe für die Zeit nach Fertigstellung der Turmbergbahn. Man habe sowohl im Ortschaftsrat als auch im Gemeinderat zugesagt, dass man, wenn die Turmbergbahn in Betrieb ist, dort den Individualverkehr reduzieren könne. Man habe aber auch zugesagt, dass im unteren Bereich der Turmbergbahn der Verkehr neu geordnet werden müsse, dies sei man den Anwohnern dort schuldig. Er sei davon ausgegangen, dass man davon spreche, was passiere, wenn die Turmbergbahn dann da ist. Dem würde er auch problemlos zustimmen. Nun habe sich im Rahmen der Vorberatung und der jetzigen Diskussion ergeben, dass einzelne Maßnahmen vorgezogen werden sollten. Die Turmbergbahn werde noch eine Weile dauern, bis diese in Betrieb gehe und man habe auch keinen Busverkehr.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 3: Verkehrskonzept Turmberg Durlach

Blatt 3

Daher verwehre er sich und werde dagegen stimmen, wenn die Abstimmung später sei, dass jetzt schon Parkplätze wegfallen sollen. Selbstverständlich gehe man mit, die Temporeduzierung umzusetzen. Aus der Vorlage werde nicht klar, was illegale und legale Stellplätze seien und was dem Waldtrauf schädige oder nicht zuträglich sei. Bei illegalen Parkierungen könne man auch jetzt schon einschreiten. Wenn es Parkplätze seien, die man ohne größeren Schaden entstehe und die letzten 50 Jahre anscheinend kein Problem gewesen sei, dann würde er diese gerne noch erhalten, bis man dort ein neues ÖPNV-System habe. Er bitte daher um Klarstellung, über was man später abstimmen werde. Eventuell müsste man dann auch über die Stellplätze und die Temporeduzierung getrennt abstimmen.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) bedankt sich und sagt, die Klarstellung über die Abstimmung werde man direkt vor der Abstimmung vornehmen.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, die Beschlussvorlage widerspreche sich an zwei Stellen. Vorne stehe, dass die Verwaltung nach der Inbetriebnahme der Turmbergbahn die Maßnahmen plane. Wenn sie sich an die Ausschuss-Sitzung erinnere, habe man dort gesagt, dass man die Temporeduzierung schnellstmöglich, auch unabhängig der Turmbergbahn, umsetzen wolle und auch die Parkplätze physisch verhindern wolle, die derzeit illegal im Bereich der Traufe seien. Auch in der Reichardtstraße habe man gesagt, man die Stämme etwas vorrücken müsse, da sich die Leute dort trotzdem hinstellen würden. Diese beide Maßnahmen sollte man nun vorziehen. Es ginge daher nicht darum, illegale Parkplätze zu entfernen, weil man illegale Parkplätze ja nicht entfernen könne, da diese illegal seien. Es gehe, sondern darum, physisch zu verhindern, dass die Leute sich dort hinstellen. Vorne stehe also, dass dies erst nach der Inbetriebnahme erfolgen solle und weiter hinten stehe, dass dies in einem ersten Schritt umgesetzt werden solle. Sie habe das so verstanden, dass man sich in der Ausschuss-Sitzung darauf geeinigt habe, dass man dies nicht erst nach Inbetriebnahme mache. Sie glaube daher, dass die Beschlussvorlage hier einen Fehler enthalte. Die Zählungen hätten ferner während des Betriebs der alten Turmbergbahn stattgefunden. Was bezüglich der Geschwindigkeitsreduktion gut wäre, wäre dort mit Blitzern die Situation zu überwachen. Die Leute seien es dort gewohnt, recht zügig zu fahren.

OR Clemens (FW-OR-Fraktion) bedankt sich für die Präsentation. Er müsse seiner Vorrednerin Recht geben. Man habe klare Forderungen gestellt, dass die Tempo-30-Zone unabhängig der Turmbergbahn installiert werden müsse. Im Dokument gebe es Widersprüche, beispielsweise in Bezug auf die finanzielle Situation, ob es durchgeführt werden könne oder nicht. Weiter habe man gesagt, dass zum Schutz der Bäume, Maßnahmen eingeleitet werden müssten. Dies fehle in der Vorlage. Wenn man heute hier abstimmen müsste und das nicht drin stehe, könne man dem so nicht zustimmen.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 3: Verkehrskonzept Turmberg Durlach

Blatt 4

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) geht auf die Ausschusssitzung ein. In dieser sei in der Tat besprochen worden, dass die Geschwindigkeitsreduzierung bereits vorzeitig angeordnet werden sollte. Dies sei zur Prüfung mitgenommen worden. Im Vorfeld zur Sitzung sei auch bereits bekannt gewesen, dass die noch gleichlautende Vorlage von dieser Absprache abweiche. Das Ergebnis der Prüfung liege nun als Anlage zur Beschlussvorlage vor und bestätigt, dass die vorzeitige Anordnung möglich sei. Man habe sich daraufhin verständigt, den Passus mit der Umsetzung erst nach Inbetriebnahme der Turmbergbahn abweichend von der schriftlichen Beschlussvorlage mündlich anzupassen und somit über einen geänderten Beschlusstext abzustimmen. Bezüglich der Parkplätze und eines eventuellen modalen Filters sagt er, sei man zu dem Ergebnis gekommen, hiermit abzuwarten, bis die Turmbergbahn in Betrieb genommen werden kann. Diese Vorberatung sei natürlich nicht verbindlich und das Gremium könne einen Antrag stellen, dass man auch diese Maßnahme vorziehe. Hierüber könne man separat abstimmen.

Herr Wagner (StPIA) ergänzt, dass in der Vorberatung des Ausschusses die Zusage gemacht wurde, die vorzeitige Anordnung der Geschwindigkeitsreduzierung zu prüfen. Dies habe man als Stadtplanungsamt in der damaligen Sitzung nicht entscheiden können, sondern musste dies dem Ordnungsamt zur Beurteilung zuleiten. Dies sei nun passiert, allerdings wurde das Ergebnis erst nach Versand der Unterlagen übermittelt. Daher liegt das Ergebnis nun als Anlage vor, man sehe hier auch, dass ein Teilbereich noch immer in der Untersuchung sei. Man könne, wie Herr Pötzsche bereits sagte, den Beschlusstext aber entsprechend mündlich anpassen. Zur Umsetzung sagt er, dass dies erst final gesagt werden könne, wenn der Beschluss zur Umsetzung gefasst wurde und dann geprüft werden kann, wann sich die auch tatsächlich realisieren lasse. Es sei auch klar diskutiert worden, dass keine legalen Parkplätze entfernt werden, bis die neue Turmbergbahn in Betrieb gehe. Hier habe es Einigkeit im Ausschuss gegeben und er könne dafür auch nur massiv warnen. Insbesondere hätten auch die dortigen Geschäftsleute massive Kundenverluste, seitdem die Turmbergbahn nicht mehr fahre. Er als Verkehrsplaner könne auch nur davor warnen, nun noch weitere Einschränkungen einzuführen. Er könne sich daher als Beschlussempfehlung nur dafür aussprechen, nach der Inbetriebnahme der Turmbergbahn den moderaten Entfall der Stellplätze anzugehen und zuvor lediglich die Geschwindigkeitsreduzierung anzugehen.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) bedankt sich für die Ergänzung.

OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, dass die Fraktion der Grünen einen Änderungsantrag stellen wolle. Sie stellten den Antrag, dass zur Vorlage ergänzend die illegalen Stellplätze am Fahrbahnrand, also jene, welche den Waldtrauf und Bäume schädigen, auch vor Fertigstellung der Turmbergbahn schnellstmöglich entfallen sollen.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 3: Verkehrskonzept Turmberg Durlach

Blatt 5

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) merkt an, dass es keine illegalen Parkplätze gebe, denn Parkplätze könnten nicht illegal seien. Daher müsste man die Vorlage auch nicht anpassen oder brauche keinen Änderungsantrag, da dies bereits seitens der Verwaltung geahndet werden könne. Wenn sie andere Flächen meinten, müsse man dies aber genau klären, um was es gehen solle. In der Vorlage sei aber auch nicht klar definiert, ob die legalen Parkplätze den Waldtrauf schädigten oder ob es sich hierbei lediglich um die illegale Parkierung handle. Weiter sei die Frage, ob man Parkplätze, welche legal seien aber auch nicht ganz vorteilhaft für das Grün seien, auch entfernen wolle oder ob diese dann bestehen bleiben sollten.

Herr Wagner (StPIA) sagt, dies könne etwas irritieren. Im vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung gehe es darum, dass die legalen Stellplätze entfernt und das dortige Parken verhindert werden solle. Dies aber erst nach Fertigstellung der Turmbergbahn. Um die illegale Parkierung einzuschränken sei der Wunsch gewesen, dies auch nochmals zusätzlich physisch zu verhindern. Hier sei Sache der Verwaltung, hier gegebenenfalls die Kontrollen zu erhöhen oder Poller zu setzen.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) sagt, er fasse zusammen. Es solle nun also über eine geänderte Beschlussvorlage abgestimmt werden, welche die Umsetzung der Anordnung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit bereits zeitnah vor der Inbetriebnahme der Turmbergbahn vorsehe. Nun komme der Änderungsantrag der Grünen-Fraktion hinzu, welcher besage, dass die legalen Stellplätze am Fahrbahnrand, welche den Waldtrauf schädigen, durch Verhinderung der Nutzung aufgegeben werden sollten.

Herr Wagner (StPIA) betont nochmals, dass in diesem Änderungsantrag die legalen Stellplätze angesprochen seien.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) sagt, über illegale Parkierungen müsse man auch nicht abstimmen. Dies sei reine Aufgabe der Verwaltung.

OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, wenn man eine Vorlage habe, in der von illegalen und legalen Stellplätzen gesprochen werde und noch ein Nebensatz folge, in dem die Nutzung verhindert werden solle, impliziere dies sehr wohl die physische Existenz eines Raumes, auf dem ein Auto geparkt werden könne, unabhängig dessen, wie man dies nenne. Man könne gerne über die Semantik des Wortes sprechen, dies würde sie aber gerne vermeiden. Sie konkretisiert und hoffe, dass es für jeden verständlich werde. In der Vorlage stehe, dass man die Nutzung verhindere. Es sei angeregt worden, alte und große Baumstämme dort zu platzieren. Dies sei der Antrag, den man stelle, um bei den Flächen, die nicht beparkt werden sollen, das Parken zu verhindern.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 3: Verkehrskonzept Turmberg Durlach

Blatt 6

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) fragt nach dem genauen Wortlaut des Antrages.

OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, sie formulieren dies.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) möchte präzisieren. Ihn ging es darum, dass das ordnungswidrige Abstellen der Fahrzeuge durch physische Möglichkeiten unterbunden werden solle. Ihm gehe es nicht um die Parkplätze, welche ordnungsgemäß angefahren und diese dort abgestellt werden dürften. Die dort gewerbetreibenden hätten derzeit mit der Aussetzung der Turmbergbahn zu kämpfen und diesen solle man nicht noch mehr Einschnitte zumuten, in dem auch legale Parkplätze abgeschafft würden. Dies solle man dann erst nach der Inbetriebnahme der neuen Bahn evaluieren.

OR Maier (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, Herr Müller habe ihm das Wort aus dem Mund genommen. Man beantrage daher, dass man das illegale Parken physisch mit Baumstämmen oder ähnlichem verhindere und das Tempolimit ebenfalls sofort umsetze.

OR Clemens (FW-OR-Fraktion) sagt, er möge hier noch einen Änderungsantrag einbringen. Er sagt, es sollten alle Parkplätze, nachdem eine Prüfung erfolgte, die den Baum- und Wurzelbestand schädigten, entfernt oder durch geeignete Maßnahmen blockiert werden. Es sei berichtet worden, dass es auch legale Parkplätze geben, welche den Baumbestand dennoch schädigen würden. Dies sollte auch mit entfernt werden.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) stellt fest, dass die Freien Wähler hier einen weiteren Änderungsantrag stellten. Es würde sich dabei also um den Beschluss der Vorlage handeln, lediglich, dass dies bereits sofort umgesetzt werden solle.

OR Miersch (CDU-OR-Fraktion) sagt, er finde die ganze Diskussion über illegale oder legale Parkerei unsinnig. Wenn jemand etwas klar blockiere oder im Weg stehe, würde dieser sowieso abgeschleppt. Er würde die Parkplätze, wie es die Vorlage vorsehe, nach Fertigstellung der neuen Turmbergbahn dann neu ordnen.

Herr Wagner (StPIA) sagt, es gebe dort Parkplätze, welche im Waldtrauf seien. Diese seien aber legal. Diese würde man, und darum bitte er den Gastronomen und dem Waldseilpark zuliebe, derzeit noch nicht entfernen. Dies betreffe vor Allem die 20 Stellplätze im Bereich des Schützenhauses. Was kontrolliert werden könne, seien die nicht vorgesehenen Stellflächen im Bereich der Einfahrt zum Sepp-Herberger-Weg, bei dem es sich ja derzeit bereits schon um ordnungswidriges Parken handle.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) dankt Herrn Wagner für die Zusammenfassung und Klarstellung. Er versuche auch nochmals zusammenzufassen.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 3: Verkehrskonzept Turmberg Durlach

Blatt 7

Man habe neben der Beschlussvorlage und der Änderung, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung vorgezogen werde, einen Änderungsantrag der Grünen-Fraktion, welcher vorsehe, das illegale Parken mittels physischer Maßnahmen zu verhindern und den noch weiter gehenden Änderungsantrag der Freien Wähler-Fraktion, sämtliche Stellplätze am Fahrbahnrand, welche den Waldtrauf schädigten, aufzugeben, in dem man deren Nutzung verhindere. Er sagt, er wolle nun zur Abstimmung kommen und den am weitestgehenden Antrag, den der Freien Wähler, zur Abstimmung aufrufen.

OR Thormann (FW-OR-Fraktion) sagt, es handle sich um einen Antrag von Herrn Clemens, nicht der Freien Wähler-Fraktion.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) sagt, sie könnten Anträge hier nur als Fraktion stellen und sie seien beide eine Fraktion. Er ruft den Änderungsantrag zur Abstimmung auf.

Beschluss:

5x Ja

7x Nein

4x Enthaltung

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) bedankt sich und ruft den Änderungsantrag der Grünen-Fraktion, das illegale Parken physisch zu verhindern und das Tempolimit sofort umzusetzen, zur Abstimmung auf.

Beschluss:

11x Ja

4x Nein

1x Enthaltung

Ergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) bedankt sich, auch bei Herrn Wagner für die Vorstellung und Informationen.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 4: Verkehrsversuch Seboldstraße

Blatt 1

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft Tagesordnungspunkt 4, Verkehrsversuch Seboldstraße, auf. Es handle sich um einen Prüfantrag der Grünen-Fraktion. Die Verwaltung habe den beschriebenen Zustand bestätigt und mit Anwohnenden gesprochen, welche auch die Verbesserung der Wohnsituation durch Einführung der Poller bestätigt hätten. Die Poller seien immer wieder entfernt und die Durchfahrt damit ermöglicht worden. Die Verwaltung habe mit den Dienststellen nochmals Kontakt aufgenommen und man habe sich darauf verständigt, dass die Verwaltung intensiv darauf achten werde, die Poller wieder einzusetzen, sollten diese entfernt werden.

OR Tessmer (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Antwort und dafür, dass sich dem Thema nochmal angenommen wurde. Es freue ihn, dass es auch den Anwohnenden zu Gute komme und der Verkehrsversuch weitergeführt werde.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) sagt, es dürfe keinen Wild-West-Zustand während eines Verkehrsversuch geben, dass hier immer wieder Poller verschwänden. Er fragt, ob neben dem Team Sauberes Karlsruhe auch Knettenbrech & Gurdulic darauf sensibilisiert würden und einen Schlüssel erhielten. Weiter weist er darauf hin, dass, sollte das Verkehrskonzept der Altstadt umgesetzt werden, man dort noch ein anderes Problem bekommen würde, da die benachbarte Straße einer der zwei einzigen Zuflüssen für die Altstadt sei.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) sagt, die genannte Firma werde auch einen Schlüssel hierfür erhalten.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) sagt, er habe es so gelesen, dass es zu Problemen kommen könnte, wenn dort ein festverbauter Poller eingesetzt würde. Wenn man die Schlüssel-Situation habe, sehe er kein Problem, dass Anwohner ihre Mülltonnen woanders hinbringen müssten. Er bitte um Nachberichterstattung, wie der Versuch sich weiter entwickle.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) bedankt sich.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 5: Zukünftige Nutzung und mögliche Sanierung der Bunkeranlage im Steinbruch Durlach

Blatt 1

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft Tagesordnungspunkt 5, Zukünftige Nutzung und mögliche Sanierung der Bunkeranlage im Steinbruch Durlach, auf.

OR Thormann (FW-OR-Fraktion) sagt, sie wolle etwas anmerken.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) sagt, Anmerkungen seien eigentlich nicht gestattet, sondern nur Zusatzfragen. Sie solle aber fortfahren.

OR Thormann (FW-OR-Fraktion) sagt, die Faschingsgesellschaft GroKaGe habe dort bereits Dinge eingelagert. Die Räumlichkeiten seien aber feucht und Teile der Materialien seien bereits verschimmelt. Dies scheint nicht optimal zu sein.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) weist sie darauf hin, dass diese Frage bereits im Ältestenrat gestellt worden sei und sie darauf hingewiesen worden sei, dass die GroKaGe sich direkt beim Vermieter melden solle. Er stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 6: Anbindung des Turmbergs an die Buslinie 23 als Schienenersatzverkehr

Blatt 1

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft Tagesordnungspunkt 6, Anbindung des Turmbergs an die Buslinie 23 als Schienenersatzverkehr, auf. Er stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 7: Förderbescheid und Gutachtenoffenlegung zur Turmbergbahn

Blatt 1

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft Tagesordnungspunkt 7, Förderbescheid und Gutachtenoffenlegung zur Turmbergbahn, auf. Er stellt keine Wortmeldungen fest.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 8: Mitteilungen des Stadtamtes Durlach

Blatt 1

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft Tagesordnungspunkt 8, Mitteilungen des Stadtamtes Durlach, auf. Diese seien eingestellt und stünden hier auch analog zur Verfügung.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 9: Mündliche Fragen**

Blatt 1

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft Tagesordnungspunkt 9, Mündliche Fragen, auf.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) fragt, ob es bereits etwas neues zum Verbindungsweg beim Netto gebe oder ob die Verwaltung hieran arbeite.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) sagt, dies wurde bereits weitergegeben und es liege noch keine Rückmeldung vor. Das Stadtamt Durlach sei aber an der Sache dran.

OR Difflipp-Eppele (SPD-OR-Fraktion) fragt zwecks der E-Scooter in Karlsruhe und Durlach. Hier lägen derzeit viele in der Gegend herum. Sie wolle wissen, ob es hier stadtweit eine Möglichkeit zur Verbesserung gebe.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) sagt, wenn es Auffälligkeiten gebe könne das Gremium dies an die Geschäftsstelle des Ortschaftsrats melden, welche dies dann an das Ordnungsamt zur Klärung weiterreiche.

OR Dr. Mezger (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, sie habe im Juli bei hohen Temperaturen und viel Sonneneinstrahlung städtische Mitarbeiter gesehen, welche ohne Kopfbedeckung und freiem Oberkörper unterwegs gewesen seien. Sie wolle wissen, ob es hier Schulungen gebe, welche auf Gefahren durch Sonne und UV-Strahlungen hinweise. Die Stadt sollte beim Arbeitsschutz ihrer Mitarbeiter auf Folgeschäden wie Kollaps oder Hautkrebs hinweisen.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) sagt, Arbeitssicherheits Schulungen gebe es bei der Stadt Karlsruhe und das Thema werde hier sehr hoch gehandelt. Man kann aber gerne weitere Informationen nachreichen.

OR Maier (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, man habe in der Hauptbahnstraße eine ewige Baustelle zwecks Fernwärme und anderes. Das Loch sei inzwischen zu und die Baustelle wandere weiter aber die Hauptbahnstraße werde von der Baufirma weiterhin als Basis genutzt, während die ganze Straße gesperrt sei. Er wolle wissen, ob hier beabsichtigt sei, dass die Straße zumindest halbseitig wieder für den Verkehr freigegeben werde.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) sagt die Klärung zu.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) fragt nach dem Turmbergbad. Hier seien Fahrradständer errichtet worden. Man habe erst gedacht, diese seien versiegelt. Jetzt sei es Schotter, was wasserdurchlässig sein müsste. Sie frage sich, was mit dem

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 9: Mündliche Fragen**

Blatt 2

Turmbergbad-Vorplatz sei. Sie habe hier im Kopf, dass es hier mal eine Neuordnung oder Regelung hätte geben sollen.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) sagt, eine Neugestaltung sei immer mal wieder ein Thema gewesen. Was es mit der Maßnahme auf sich habe oder ob es hier weitere Planungen gebe, kläre man ab.

OR Graf (CDU-OR-Fraktion) sagt, sie habe noch ein Anliegen der Eltern. Am Alten Friedhof seien diese mit kleinen Fahrrädern oder Laufrädern unterwegs. Hier sei es mehrfach passiert, dass die Kinder auf die Straße herausgerollt seien. Es handle sich um die Stelle, wo der Spielplatz sei. Sie fragt, ob es hier eine Möglichkeit gebe, hier eine Art Absperrung, wie beispielsweise Fahrradsperren an Bahnübergängen oder am Kindergarten Weiherhof, einzurichten. Von dieser Seite fahre das Gartenbauamt für Mäharbeiten ein, vielleicht könne man dies wie eine Art Schranke oder herausnehmbar realisieren. Das Risiko, dass die Kinder die Kurve dort nicht bekämen sei groß, da es auch leicht abschüssig sei.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) sagt, man nehme die Frage mit und reiche es weiter.

**7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 23. Juli 2025,
17:00 Uhr**

Blatt 1

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich der Vorsitzende recht herzlich bei allen Anwesenden und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:48 Uhr.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

.....
Martin Pötzsche
1. Stellv. Ortsvorsteher

.....
Robin Axtmann
(StaDu)

Die Urkundspersonen:

.....
OR Dr. Mezger
(B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)

.....
OR Miersch
(CDU-OR-Fraktion)